



Droht eine neue Insolvenzelle bei deutschen Krankenhäusern?

Dirk Stein

Die wirtschaftliche Lage vieler Krankenhäuser war bereits vor der jüngsten Gesundheitsreform angespannt. Steigende Personal- und Energiekosten, unzureichende Betriebskostenfinanzierung sowie eine hohe Inflation haben in den vergangenen Jahren die finanzielle Stabilität zahlreicher Kliniken erheblich geschwächt. Mit dem beschlossenen Sparpaket für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) wächst nun die Sorge, dass sich diese Entwicklung deutlich verschärfen könnte. Vertreter der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), kommunale Spitzenverbände und mehrere Landespolitiker warnen übereinstimmend vor einer Insolvenzelle, die insbesondere kleinere Krankenhäuser treffen könnte.

Sparmaßnahmen treffen Kliniken in einer ohnehin kritischen Phase

Das von Bundestag und Bundesrat verabschiedete GKV-Sparpaket verfolgt das Ziel, die gesetzlichen Krankenkassen finanziell zu entlasten und weitere Beitragssteigerungen zu vermeiden. Dafür werden Ausgaben in verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens begrenzt. Neben Arztpraxen, Apotheken und der Pharmaindustrie sind auch die Krankenhäuser von den Einsparungen betroffen. Gleichzeitig müssen Versicherte mit höheren Zuzahlungen und weiteren Einschränkungen rechnen.

Für viele Klinikträger kommt dieser Schritt zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Zahlreiche Häuser verfügen bereits heute nur noch über geringe Liquiditätsreserven. Nach Einschätzung der Deutschen Krankenhausgesellschaft reicht

das verfügbare Kapital vieler Einrichtungen lediglich für wenige Wochen aus. Sinkende Kreditwürdigkeit erschwert zusätzlich notwendige Finanzierungen und Investitionen. Bereits seit 2022 haben bundesweit 85 Krankenhäuser mit insgesamt 102 Standorten Insolvenz angemeldet – teilweise sogar mehrfach.

Ein Drittel der Krankenhäuser könnte verschwinden

Besonders deutlich fällt die Warnung der Deutschen Krankenhausgesellschaft aus. Deren Vorstandsvorsitzender Gerald Gaß geht davon aus, dass Deutschland in den kommenden drei Jahren eine Insolvenzelle erleben könnte. Im schlimmsten Fall könnte etwa ein Drittel der Krankenhäuser vom Markt verschwinden. Besonders gefährdet seien Grund- und Regelversorger in ländlichen

Regionen, die für die wohnortnahe medizinische Versorgung eine zentrale Rolle spielen.

Sollte sich diese Entwicklung bewahrheiten, wären die Folgen weitreichend. Krankenhäuser übernehmen nicht nur die stationäre Versorgung, sondern sichern vielerorts auch die Notfallmedizin, Geburtshilfe und spezialisierte medizinische Angebote. Fällt ein Standort weg, entstehen längere Anfahrtswege, höhere Belastungen für benachbarte Kliniken und eine insgesamt geringere Versorgungssicherheit.

Besonders bedroht sind Notaufnahmen und Geburtshilfen

Nach Einschätzung der Krankenhausgesellschaft werden zunächst vor allem jene Bereiche geschlossen, die wirtschaftlich besonders defizitär sind. Dazu zählen Notaufnahmen, Geburtshilfen und Kinderstationen. Diese Leistungen verursachen hohe Vorhaltekosten, lassen sich jedoch über die bestehenden Vergütungssysteme häufig nicht kostendeckend finanzieren.

Gerade die Geburtshilfe zeigt bereits seit Jahren eine deutliche Konzentration. Während es früher nahezu 1.200 Geburtshilfestationen in Deutschland gab, existieren heute nur noch rund 570. Nach einer aktuellen Umfrage unter Klinikträgern könnten 61 Prozent der verbliebenen Geburtshilfen ihre Leistungen einschränken oder ganz einstellen. Auch zahlreiche Notaufnahmen könnten künftig nicht mehr rund um die Uhr betrieben werden.

Kritik aus den Bundesländern wächst

Auch aus den Ländern kommt deutliche Kritik an den geplanten Einsparungen. Baden-Württembergs Ministerpräsident Cem Özdemir sieht kaum finanzielle Spielräume für einen landeseigenen Nothilfefonds, obwohl die wirtschaftliche Lage vieler Kliniken zunehmend dramatisch werde. Gleichzeitig verweist er darauf, dass die Finanzierung der laufenden Betriebskosten in der Verantwortung des Bundes liege, während die Länder vor allem Investitionen finanzieren. Für diese stellt Baden-Württemberg nach eigenen Angaben im Jahr 2026 rund 560 Millionen Euro bereit.

Der baden-württembergische Landkreistag kritisiert zudem, dass die Reform leistungsstarke Krankenhausstrukturen nicht ausreichend berücksichtige. Aus Sicht des kommunalen Spitzenverbandes handele es sich weniger um eine echte Strukturreform als vielmehr um ein flächendeckendes Sparprogramm. Besonders problematisch sei, dass auch Bundesländer mit bereits

effizient aufgestellten Krankenhauslandschaften dieselben Einsparvorgaben erfüllen müssten wie Regionen mit deutlich größerem Reformbedarf.

Wer trägt die Verantwortung?

Die aktuelle Diskussion zeigt erneut die komplexe Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern. Während die Länder für Investitionen in Gebäude und Infrastruktur zuständig sind, finanziert der Bund über die gesetzliche Krankenversicherung die laufenden Betriebskosten. Genau dort sehen viele Klinikträger inzwischen die größten Defizite.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft fordert deshalb, dass die Länder einen Teil der finanziellen Belastungen übernehmen, um ein flächendeckendes Kliniksterben zu verhindern. Andernfalls drohe ein schleichender Abbau medizinischer Versorgung, dessen Auswirkungen vor allem Patientinnen und Patienten in ländlichen Regionen zu spüren bekämen.

Die kommenden Jahre werden entscheidend

Die geplanten Einsparungen im Gesundheitswesen treffen ein Krankenhauswesen, das vielerorts bereits wirtschaftlich unter erheblichem Druck steht. Ob tatsächlich ein Drittel der Kliniken verschwindet, lässt sich derzeit nicht sicher vorhersagen. Die Warnungen der Deutschen Krankenhausgesellschaft sowie die Kritik aus mehreren Bundesländern machen jedoch deutlich, dass zahlreiche Krankenhäuser ihre wirtschaftliche Belastungsgrenze erreicht haben.

Sollten keine zusätzlichen Finanzierungsinstrumente oder Nachbesserungen erfolgen, könnte sich die Zahl der Klinikinsolvenzen in den kommenden Jahren deutlich erhöhen. Die Konsequenzen würden weit über die betroffenen Krankenhäuser hinausreichen und könnten die wohnortnahe medizinische Versorgung in vielen Regionen Deutschlands nachhaltig verändern.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4950876/Droht-eine-neue-Insolvenzwelle-bei-deutschen-Krankenhaeusern/>